

---

## Rechtspolitisches aus den USA

### Die unmögliche Leichtigkeit der Gesetzgebung in einem ideologisch gespaltenen Kongress

Von Manfred H. Wiegandt, Wareham, Massachusetts, USA

---

Mit dem für viele unerwarteten Ausgang der Anfang des Jahres abgehaltenen Stichwahlen um zwei Senatssitze in Georgia, in denen die demokratischen Kandidaten erfolgreich waren und somit die republikanische Senatsmehrheit zu Fall brachten, war es den Demokraten gelungen, alle drei Organe, auf die es für die US-Gesetzgebung ankommt, für sich zu gewinnen: das Präsidentenamt, das Repräsentantenhaus und den Senat. In letzterem ist zwar ein 50:50-Patt gegeben, doch die Demokraten verfügen über eine virtuelle Mehrheit, da bei Stimmgleichheit die Senatsvorsitzende, also Vizepräsidentin Kamala Harris, den Ausschlag gibt. Allerdings schrumpfte die demokratische Mehrheit im Haus zusammen, und die im Senat ist die dünnste, die man sich vorstellen kann. Hinzu kommt, dass es im Senat das Filibusterrecht gibt. Um ein Ende der Debatte, ein sog. *cloture vote*, zu erreichen – so sagen es die *Rules*, sprich die Geschäftsordnung –, ist eine Mehrheit von sechzig der hundert Senatoren erforderlich. Damit kann die republikanische Minderheit, sofern nicht gleich zehn ihrer Senatoren aus der Phalanx ausbrechen, die Abstimmung über Vorlagen verhindern, die ihr nicht genehm sind. Ausnahmen, bei denen das Filibusterrecht nicht greift, gibt es nur für Abstimmungen über vom Senat zu bestätigende Nominierungen für Regierungsposten und Richterstellen sowie bei Entscheidungen, die reinen Haushaltscharakter tragen. Mit Hilfe der sog. *budget reconciliation* konnte zum Beispiel zu Anfang von Trumps Präsidentschaft ein bombastisches Steuersenkungsgesetz durch den Kongress gebracht werden, das hauptsächlich Besserverdienenden und Unternehmen zugute kam, ohne dass die Demokraten dagegen etwas tun konnten. Präsident Biden hatte zwar angekündigt, er werde versuchen, bei seinen Vorhaben eine breite, auch Teile der Republikaner einschließende, Mehrheit zustande zu bringen. Dennoch vermochte er für sein vom Umfang her einzigartiges Stimulierungspaket, den *American Rescue Plan*, keinen einzigen Republikaner zu gewinnen. So konnte dieses Vorhaben, nachdem einige nicht rein budgetäre Bestandteile, darunter auch eine Erhöhung des Mindestlohns, eliminiert wurden, nur mittels des *Reconciliation*-Verfahrens und mit Hilfe des Stichtentscheids der Vizepräsidentin verabschiedet werden.

Was wird aber mit anderen ehrgeizigen Vorhaben der neuen Administration, wie etwa im Umwelt- und Klimaschutz oder der Reform des Polizei- oder Einwanderungsrechts,